

---

# Ratsfraktion Göttinger Linke, PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe, Torsten Wucherpfennig

---

Göttingen, 01.12.2016

## Resolution für die Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 16.12.2016

### Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen verurteilt jede Form von Drohungen gegenüber kommunalen Mandatsträgern und Gewaltanwendung gegen Andersdenkende.

Im konkreten Fall verurteilen wir die verbalen Angriffe und Drohungen auf den Kreistagsabgeordneten, unseren früheren Ratskollegen, Meinhart Ramaswamy und seine Familie.

Wir erwarten, dass Straftaten, die in diesem Zusammenhang erfolgt sind, konsequent verfolgt werden.

Wir fordern die Polizei auf, zuverlässig dafür zu sorgen, dass sich ein solcher Fall weder vor dem Haus der Familie Ramaswamy, noch anderswo in Göttingen wiederholen kann. Den Oberbürgermeister fordern wir auf, aufgrund der aktuellen Vorfälle und der sich immer deutlicher zeigenden akuten Gefahrenlage, Demonstrationen des Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen und ähnliche Aufmärsche nicht mehr zu erlauben.

Wohl wissend, dass dieses eindeutige Signal der Stadt von den Anmeldern über den Rechtsweg angefochten werden kann und wird.

### Begründung:

Am Samstag, den 12. November sind trotz offizieller Absage des an der Stadthalle angemeldeten Aufmarschs fünf Mitglieder des sogenannten Freundeskreises nach Beendigung einer Kundgebung in Duderstadt über eine längere Strecke durch die Polizei eskortiert nach Göttingen gefahren. Dort haben sie vor dem Haus der Familie Ramaswamy belegbar Drohungen wie „Wir kriegen euch alle“ über Megafon ausgestoßen. Der Anmelder der für den Samstagvormittag angekündigten und dann von ihm selbst abgesagten Demonstration, Jens Wilke, hat die Drohungen auf seiner Facebook-Seite wiederholt und ein Foto des Wohnhauses der Familie Ramaswamy eingestellt. Im Anschluss an die verbalen Drohungen haben die fünf Neo-Nazis auf dem Albani-Platz zwei junge Leute mit Waffen angegriffen und erheblich verletzt. Welche Rolle in diesem Zusammenhang die Polizei gespielt hat, muss noch geklärt werden. Danach konnten sie noch einmal vor das Haus der Familie Ramaswamy fahren und ihre Drohungen wiederholen.

Politiker\*innen, insbesondere auch ehrenamtlich tätige in den Kommunalparlamenten müssen ihr Mandat frei von jeglicher Bedrohung wahrnehmen können. Dies ist eine elementare Voraussetzung unserer demokratischen Werteordnung.

Alle Ratsparteien haben sich in der Vergangenheit klar und deutlich gegen rassistische, fremdenfeindliche und antidemokratische Veranstaltungen und Demonstrationen gestellt. Lassen sie uns deshalb auch diesmal ein eindeutiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt senden. Verbot neonazistischer Aufmärsche, Solidarität mit

bedrohten Kommunalpolitiker\*innen, klare Forderungen zu ihrem Schutze an die Polizei. Die Göttinger Bevölkerung bitten wir, bei erkennbaren Gewaltakten sich nicht passiv zu verhalten und wegzuschauen, sondern Mut und Zivilcourage zu zeigen und gemeinsam dagegen einzuschreiten bzw. Hilfe zu holen.

Ferd. Nie

F. Welles-Schett

V. Wucherling